

Aus dem Referat des Genossen Hans-Joachim Böhme auf der Funktionärberatung

(Fortsetzung von Seite 4)

tion, bei der schnelleren Einführung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis, bei der Erhöhung der Produktivität der wissenschaftlichen Arbeit, beim Ringen um hohe Studienleistungen, wie bei der Teilnahme am Kampf um den Friedensvertrag und bei ihrer Entscheidung in den Wahlen am 17. September 1961.

Die Parteioberorganisation der Karl-Marx-Universität hat ein enges Verhältnis zu den parteilosen Universitätsangehörigen hergestellt, und die Ergebnisse der Arbeit zeigen, daß sie es verstanden hat, viele Kräfte zu mobilisieren. Es wurde aber gerade in den letzten Wochen sichtbar, daß es noch Mängel in unserer politisch-ideologischen Arbeit gibt, über die uns die Erfolge nicht hinwegtäuschen dürfen.

Stimmen des Vertrauens

In den letzten Wochen haben zahlreiche Versammlungen und Aussprachen unter den Wissenschaftlern unserer Universität stattgefunden. Es gibt viele positive Äußerungen zu den Maßnahmen zum Schutze der Bürger der DDR.

Dabei können wir an sehr positive Erscheinungen anknüpfen. Die Stellungnahme von Prof. Dr. Holzapfel, Leiter der Fachrichtung Chemie, nenne ich als ein Beispiel von vielen. Welch klare Haltung, welches hohes Staatsbewußtsein drücken die Worte von Prof. Dr. Holzapfel aus, der schreibt: Ich hatte stets das Vertrauen, daß unsere Regierung, an ihrer Spitze der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, bestimmt diesen wichtigen Beschluß vorher nach allen Seiten wohl erwogen und durchdacht haben würde. Ich war davon überzeugt, daß sie... diese wichtigen Maßnahmen... nicht ergriffen hätten, wenn sie sich nur die geringste Möglichkeit für die Gefährdung des Friedens hätte befürchten müssen. Dieses Vertrauen hat sich in der Folge, wie bisher stets, als völlig gerechtfertigt erwiesen. (Siehe UZ vom 29. 8. 1961.)

Eine Reihe anderer Wissenschaftler - unter ihnen Prof. Gertler, Prof. Hatzig, Prof. Gebike, Prof. Markov, Prof. Voegt, Prof. Neis, Prof. Reibmann, Prof. Budziszewski, Prof. Hugo Müller, Prof. Neundorff, Prof. Hüssel, Prof. Uebermuth, Prof. Aresin, Prof. Zweiling, Prof. Eisenhuth haben ihre Gedanken zu diesen Problemen in Briefen an den Genossen Ulbricht und in öffentlichen Stellungnahmen niedergelegt.

Auf welcher Seite stehst du?

Insgesamt können wir einschätzen, daß die Mehrheit der Angehörigen des Lehrkörpers unserer Universität die von Partei und Regierung getroffenen Maßnahmen zum Schutze der Bürger gegen Menschenhandel, zur Sicherung unserer Grenzen nach Westberlin usw. unterstützt. Die Stimmen, man habe nach dem 13. 8. erleichtert aufgetaucht, sind an unserer Universität stark verbreitet. Die Bedeutung des 13. August liegt auch darin, daß er einen gewissen Denkstoß gegeben hat, indem er sehr nachdrücklich vor jeder die Frage stellt, vor deren Verantwortung keiner ausweichen kann: **Wie steht du zur Arbeiter- und Bauern-Macht, auf welcher Seite stehst du im Kampf um Frieden und Sozialismus?**

Unser Ziel ist es, alle Menschen für unsere gute und gerechte Sache zu gewinnen, und daran werden wir geduldig und unermüdlich arbeiten. Wir verstehen, daß es manchmal nicht leicht fällt, einen klaren Standpunkt zu beziehen, der sein Ideal bisher im „way of life“ der westlichen Welt und dem Freiheitsgedanken der Abendlandsideologie glaubte, der trotz überzeugender Beweise in der Vergangenheit immer noch auf die Überlegenheit des bereits mit Todsünden gezeichneten Imperialismus hoffte.

Aber es ist wohl an der Zeit, daß die Intellektuellen, die noch abwartend und schwankend zu unserem Staat stehen, ihre Position überprüfen. Es ist auf die Dauer nicht möglich, sich abzukapseln und überlebende Ideologien zu konservieren. Leipziger Arbeiter weisen in einem Brief an die Intelligenz auf die geschichtlichen Erfahrungen (LVZ 31. 8. 1961):

Wenn nun einige Herren behaupten, daß wir kein Vertrauen zur Intelligenz haben, so ist es wohl an uns, die Frage des Vertrauens zu stellen.

Die Arbeiterklasse, geleitet von der marxistisch-leninistischen Partei, führt seit über 100 Jahren in Deutschland einen organisierten Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, Imperialismus und Militarismus. In jeder Phase der Entwicklung haben sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Lage durch Marx, Engels, Lenin, die KPdSU und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die entsprechenden Maßnahmen für die Arbeiterklasse als richtig erwiesen. Für diese alle Sache haben der Arbeiterklasse, und viele fortschrittliche Menschen ihr Leben gegeben...

Vieles Leid wäre dem ganzen deutschen Volk erspart geblieben, wenn es immer schon den Lösungen der Kommunisten zugehört wäre. Wir sind stolz darauf, daß das Staatsberaubte unserer Republik, Genosse Walter Ulbricht, aus dieser Schule des Klassenkampfes hervorging und an der Spitze unserer Arbeiter- und Bauern-Macht steht.

Große Teile der Intelligenz aber hatten eine falsche Einschätzung der Lage und hatten ihre persönliche Perspektive mit der kapitalistischen Ausbeutung und zum Teil mit dem Faschismus verbunden. Viele haben heute noch keinen festen Standpunkt, so daß sie in ihrer schwankenden Haltung anfällig für schädliche Einflüsse sind.

Nun könnte gesagt werden, daß auch Arbeiter vom Faschismus getäuscht wurden. Ja, das stimmt. Aber man darf nie vergessen, daß die Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Imperialismus eine ausbeutete Klasse war, während der überwiegende Teil der Intelligenz der Ausbeuterklasse und dem Monopolkapital und zum großen Teil dem feudalistischen Staat und seinen Organen unmittelbar bei der Niederhaltung und Ausbeutung der Werktätigen geholfen hat...

Man muß begriffen, daß eine Entscheidung zwischen unserer Deutschen Demo-

kratischen Republik und Westdeutschland gegenwärtig eine Entscheidung zwischen Frieden und Krieg ist, zwischen Menschlichkeit und Unmenschlichkeit, zwischen Moral und Unmoral."

Wir wollen unseren Wissenschaftlern keinen Vorwurf machen, wenn wir diese negativen Erfahrungen der Intelligenz in der Vergangenheit herausstellen, sondern wir wollen damit helfen, richtige Lehren zu ziehen und einen klaren Standpunkt zu gewinnen. Während in der kapitalistischen Gesellschaft die Intelligenz als soziale Schicht auf Gedeih und Verderb mit der Ausbeuterklasse verbunden war und sie ihre großen Kenntnisse und Fähigkeiten nicht frei zum Wohle der Menschheit und im Dienste des Friedens anwenden konnte,

Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gebracht hat, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß man den Verzicht überhaupt nicht als Opfer bezeichnen kann. Oder, man setze als Vergleichsmaßstab die Opfer, die die Völker der Sowjetunion im Krieg zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus, auf sich genommen haben!

Wie sich zeigt, ist sich die Mehrheit der Älteren sowie auch der jüngeren Wissenschaftler dieser Zusammenhänge bewußt und zieht nicht nur ihre eigenen Anträge zurück, sondern bezieht auch prinzipiell eine klare Haltung.

So unterstreicht Frau Prof. Dr. Lips in einer Versammlung mit ihren Mitarbeitern, daß jeder schon aus nationalem Takt die

schafft zur Entspannung und Verständigung gezeigt wird. Es wäre im besonderen auch die Pflicht medizinischer Gesellschaften und Organisationen Westdeutschlands, gegen die verantwortliche Abwertung von Ärzten aus der DDR Stellung zu nehmen und die Verletzung der stichtlichen Pflichten durch Ärzte, die ihre Patienten im Stich lassen, zu verurteilen."

Die solcherart schon 1958 entlarvten Menschenhandelszentralen in den medizinischen Gesellschaften und Organisationen haben aber nicht nur nicht gegen die verantwortliche Abwertung Stellung genommen, sondern die Abwertung immer schamloser betrieben. Um so mehr trifft heute zu, was ebenfalls bereits im Kommuniqué des Politbüros vom September 1960 gesagt worden ist:

"Die wissenschaftliche Arbeit und die Tätigkeit des Arztes muß vor jedem Mißbrauch geschützt werden, und wie dies in der DDR geschieht, dem Wohle des Volkes dienen."

Also nichts ist hinlänglich Punkt für Punkt werden die Kommuniqués des Politbüros veröffentlicht.

Wir sprechen diese Fragen offen aus und wünschen, daß dies als helfend empfunden wird. Was bezwecken einige Leute damit, wenn sie Lügen über die Intelligenzpolitik der Partei austreuen? Wohl kaum die Festigung des Vertrauens! Wir raten diesen

Herren, ihre ideologische Grenzgangerei aufzugeben und ihren Fernsichtapparat auf den Kanal des Friedens umzustellen.

Die Provokateure irren sich

Denjenigen, die sich hartnäckig den Lehren der Geschichte verschließen, und die provokatorisch gegen die Organe unseres Staates hetzen, begegnen wir mit aller Entschiedenheit. Wie dem offenen Brief des Genossen Jung an Professor Seidemann, Landwirtschaftliche Fakultät, zu entnehmen ist, erwiderte sich dieser Professor, die Schutzorgane der Arbeiter- und Bauern-Macht, die den Frieden und damit auch sein Leben retteten, in der überleitenden Weise verleumdete. Herr Seidemann irt sich, wenn er die Zeit für solche Attacken für gekommen hält. Die eindeutige Reaktion der Universitätsangehörigen auf die Äußerungen des Prof. Seidemann verdeutlichen das noch. Die Angehörigen der Universität wollen mit solchen feindseligen Elementen nichts gemein haben und fordern, Prof. Seidemann zur Verantwortung zu ziehen.

Genosse Böhme beschäftigte sich dann ausführlich mit der Lage unter den Studenten. Er würdigte ihren Einsatz bei der Verwirklichung des Kampfauftrages der FDJ, er setzte sich mit einigen Mängeln auseinander und entwirft folgende Aufgaben für die nächsten Wochen:

In den nächsten Wochen: FDJ-Kampfpogramm erfüllen, Universität störfrei machen

Das A und O der Arbeit unter den Studenten muß die politisch-ideologische Diskussion über Grundfragen unserer Politik sein. Die Erläuterung der politischen Aufgaben muß verbunden sein mit der Gewinnung aller Studenten für den Kampfauftrag des Zentrals des FDJ.

Von jedem Studenten und jedem Jugendlichen im Alter von 18 bis 23 Jahren erwarten wir, daß er jederzeit bereit ist - auch wenn damit die Unterbrechung des Studiums notwendig wird - seinen Dienst in den bewaffneten Organen anzutreten. Von allen Studenten erwarten wir eine gründliche Vorbereitung und vorbildliche Mitarbeit im Ernteinsatz, nachdem sie sich zu den Kandidaten der Nationalen Front bekannt haben. Von allen Studenten erwarten wir, daß sie sich gründlich mit der neuen politischen Lage vertraut machen, sich an den Wahlvorbereitungen aktiv beteiligen und auf den Ernteinsatz vorbereiten.

Die Form, in der diese Aufgabe gelöst werden soll, ist ein Kampfpogramm aller Grundstudien der FDJ, das auf den Appellen der Grundstudien am 13. September beschlossen werden soll, und über dessen Erfüllung am Tag der Republik, am 7. Oktober, Rechenschaft abgelegt wird. Diese Kampfpogramme, deren Kern die Konkretisierung des Kampfauftrages des Zentrals der FDJ sein muß, erfüllen dann ihren Zweck, wenn sie hinsichtlich der Aufgaben jedes einzelnen Studenten aufgeschlüsselt werden. Hier führen wir die positive Tradition des persönlichen Kompasses auf höherer Stufe mit konkreten Forderungen weiter. Diese Kampfpogramme der Grundstudien der FDJ und jedes einzelnen Studenten sollen auch wissenschaftliche Ziele, das heißt anknüpfend an das Fach, konkrete Verpflichtungen für gesellschaftliche nützliche Tätigkeit beinhalten. Darunter verstehen wir beispielsweise die wirksame Betreuung einer LPG durch eine FDJ-Gruppe der Landwirte oder Veterinärmediziner, die Übernahme von Referaten von Gesellschaftswissenschaftlern in Jugendkлубhäusern, die Unterstützung der Pionierarbeit durch Lehrstudenten usw. Damit bekommt auch der Kampf um den Titel „Sozialistische Studentengruppe“ neuen Auftrieb.

Genossen! Wie aus diesen Darlegungen hervorgeht, sind die nächsten Kampfabschnitte für die Arbeit unter der Mehrheit der Studenten

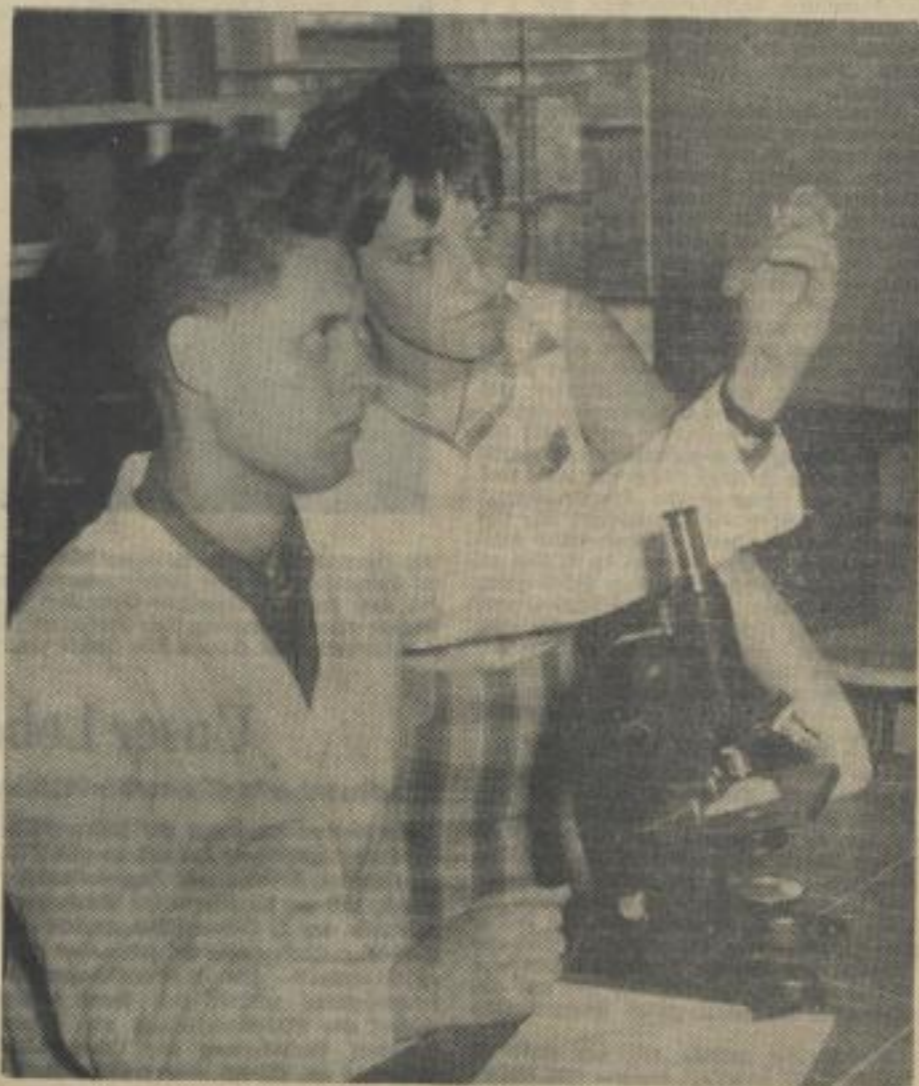
a) die Woche vom 12. bis 17. September, b) die drei Wochen Ernteinsatz vom 19. September bis 7. Oktober 1961.

Alle Potenzen für die Sicherung gegen Störmaßnahmen

Mit den Schutzmaßnahmen unserer Regierung gegen die Wühlbarkeit und Bürgerkriegsvorbereitung der Bonner Ultras wurde in breitesten Kreisen von Universitätsangehörigen auch klarer, welche große Bedeutung die Ausschaltung von Westimporten für unsere Arbeit besitzt. Das Neue seit dem 13. August zeigt sich darin, daß das Verständnis und die Initiative gewachsen sind. Eine Reihe von Instituten konnten bereits mitteilen, daß sie künftig störfrei arbeiten werden, so alle Kliniken der Veterinärmedizinischen Fakultät, die nicht mehr auf Importe von Medikamenten und Instrumenten angewiesen sind.

Auch in anderen Bereichen kamen die eingesetzten Arbeitsgruppen zu konkreten Resultaten: Die Arbeitsgruppe der Wifa unter Leitung des Prodekanen, Genossen Dr. Krämer, teilte mit, daß das Westkontingent für Zeitschriften durch rationellere Ausnutzung und Koordinierung von 3000 DM auf 1700 DM reduziert werden konnte.

Bei den Germanisten/Anglisten und den Slavisten wurden konkrete Maßnahmen zur strengen Kontrolle der Bestellungen von Westliteratur eingeleitet und bei letzteren beschlossen, keine privaten Bestellungen aufzugeben. Die Parteileitung der Landwirtschaftlichen Fakultät teilte der UPL mit, daß von 16 Instituten 13 störfrei arbeiten. Physiker erklärten ihre Bereitschaft, stärker als bisher anderen Fakultäten, vor allem der Medizinischen, in Gerätefragen mit Rat und Tat zu helfen. Zu den bisherigen Verpflichtungen, wissenschaftliche Literatur aus dem Ausland zu übersetzen, kamen hinzu: Dr. Reuschler der ein Arabisch-Lehrbuch aus dem Russischen übersetzen und lektorieren wird, und Prof. Dr. Voigt mit Dr. Bathke,



Biologiestudenten während des Praktikums

Foto: HFBS

sondern ihre Arbeitsergebnisse zur Unterstützung und zur Verwirklichung der Menschen mißbraucht wurden, gibt die DDR der deutschen Intelligenz erstmals die Möglichkeit des schöpferischen Wirkens im Dienste der Menschheit, der Menschlichkeit und des Fortschritts. Viele Wissenschaftler haben die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen.

Wenn wir diese historischen Erfahrungen erwähnen, dann wollen wir damit helfen, daß nicht hervorragende Gelehrte und hoffnungsvolle Nachwuchskräfte Fehlscheidungen treffen. Welche Traurigkeit doch dann feststellen zu müssen: Er war ein großer Wissenschaftler, aber die Zeichen seiner Zeit hat er nicht verstanden. Er hat die kompliziertesten Vorgänge in der Natur aufgedeckt, die einfache Parteilinie für Frieden und Fortschritt, die im Sozialismus gesichert sind, jedoch nicht vermerkt.

Ein Wort an diejenigen, die vergessen haben, was in den Ärzte-Kommuniqués steht

Wenn die Leipziger Arbeiter in ihrem Brief feststellen, daß es wohl an ihnen ist, die Frage des Vertrauens zu stellen, so ist das auch die Antwort an jene Wissenschaftler, die jetzt auftreten und uns vorwerfen, unsere Intelligenzpolitik sei nicht ehrlich. Im Ärztekommuniqué stünde, daß sie nach Westdeutschland fahren könnten, und das wäre jetzt nicht mehr möglich. Einzelne versteigen sich zu dem Vorwurf, jetzt zeige sich, daß wir gar nicht gewillt seien, die „Versprechungen“ in dem Ärztekommuniqué zu verwirklichen.

Eine solche Argumentation zeigt geringen politischen Verstand und wenig guten Willen. Die Probleme vor denen unser Volk heute im Ringen um den Friedensvertrag steht, auf die Fragen Reisen reduzieren zu wollen, hieße am Kern vorbeigehen. Verständnis für einzelne Schwierigkeiten, die entstehen können, wird nur der aufbringen, der die Einschränkung bzw. die Nichtdurchführung von Reisen nach Westdeutschland als einen Teil des Kampfes um den Abschluß eines Friedensvertrages begriffte. Die Parteiführung und die Regierung haben wie in allen Etappen unserer Entwicklung so auch jetzt in aller Öffentlichkeit erklärt, daß auch Opfer notwendig sind, um die außerordentlich komplizierte Schlacht für den Friedensvertrag und gegen den westdeutschen Militarismus erfolgreich zu gewinnen.

Sind einige Wissenschaftler dazu nicht bereit weil das ihren Wünschen oder Gewohnheiten zuwiderläuft, so müssen sie schon gestatten, daß man sie fragt, sind sie bereit, zugunsten eines so hohen Ideals wie der Sicherung des Friedens, auf einzelne Privatwünsche zu verzichten?

Vergleicht man das Opfer, das einige Ärzte durch den Verzicht auf diese oder jene Kongreßreise bringen, mit den Opfern, die die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Jahrzehntelangen, teilweise blutigen

Maßnahmen unserer Regierung unterstützen muß.

Den Herren aber, die - wie ich schon sagte - glauben, uns der „Unehrlichkeit“ bezichtigen zu können und die über „mangels Vertrauen“ lamentieren, muß noch sehr deutlich einmal ins Gedächtnis gerufen werden, damit sie aufhören, leichtfertig und verantwortungslos unsere Arbeiter- und Bauern-Macht anzugreifen.

Was meinen sie denn eigentlich mit ihrem Hinweis, das Ärztekommuniqué des Politbüros sei nun wohl hinlänglich? Es dürfte wohl bekannt sein, daß der vom Politbüro ausdrücklich hervorgehobene Zweck der im Kommuniqué im Dezember 1959 vorgeschlagenen Maßnahmen darin bestand, „dem Gesundheitswesen zu ermöglichen, die ihm zukommende Rolle bei der Verwirklichung des Sozialismus und im friedlichen Weltwettbewerb mit Westdeutschland“ zu spielen. Sehr eindeutig sind die Bemerkungen des Politbüros im Kommuniqué hinsichtlich der Abwertung und des Menschenhandels. Es heißt dort:

„Angehörige der Eräfte der Gesundheitsberufe in der DDR verdienen die reaktionären Kreise Westdeutschlands ihre Versuche, Mitarbeit unseres Gesundheitswesens über die großen Möglichkeiten ihrer Arbeit zum Nutzen des ganzen Volkes unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauern-Macht zu täuschen und durch Geheime, Drohungen und Versprechungen Ärzte, Zahnärzte und Apotheker zum Weggang aus der Republik und zur Verletzung des bipartitischen Eides zu veranlassen. Die militärischen Kreise Westdeutschlands verfolgen damit das menschenfeindliche Ziel, die medizinische Betreuung der Bevölkerung in unserer Republik zu stören, einen Keil zwischen Arbeiterklasse und medizinische Intelligenz zu treiben und die weitere Festigung der sozialistischen Gemeinschaft freier Menschen im Arbeiter- und Bauern-Staat zu behindern.“

Menschenhandel schon 1958 entlarvt

Diese Herren schämen das „vergessen“ zu haben. Auch das Kommuniqué vom September 1958 läßt an Klarheit und Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. Es heißt dort:

„Die Entsendung von Ärzten zu wissenschaftlichen Kongressen sowie wissenschaftlich wertvollen Veranstaltungen im Ausland und in Westdeutschland muß gewährleistet sein. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß der Reiseverkehr zwischen der DDR und Westdeutschland ausschließlich durch die ständige Diskriminierung von Bürgern der DDR seitens westdeutscher Behörden, durch die Tätigkeit von Agenten und Spionagerorganisationen, die Abwertung befeuern und gegen die Deutsche Demokratische Republik hetzen, behindert wird. Wenn das Politbüro der Regierung der DDR empfiehlt, die Durchführungsmaßnahmen für den Reiseverkehr nach Westdeutschland zu überprüfen und Privatreisen zu erleichtern, so ist damit die Erwartung verknüpft, daß von westdeutscher Seite alle diskriminierenden Maßnahmen und jede Agententätigkeit gegen die DDR endlich eingestellt und die gleiche Bereit-